

# VOGELSBERG



## Großes Schweigen vor Gericht

Im Prozess nach Waffen- und Drogenfunden in Alsfeld schweigen Zeugen vor dem Richter.

► Seite 15



### Guten Morgen

(jmk). Gestern war ich auf einem Weihnachtsmarkt. Weihnachtsmärkte sind keine Orte der stillen Einkehr. Nein, sie sind Orte des Chaos und der Anarchie. Der Weihnachtsmarkt ist einer der wenigen Orte auf der Welt, an dem man direkt hintereinander Bratwurst, Kartoffelpuffer, ein Matjes-Brötchen und Zuckerkarte essen und dazu wahlweise warmen Wein mit Nelken oder viel zu kaltes Bier trinken kann, während man sich Tand anschaut, den man eigentlich nicht braucht. Mundgeblasene Teestöchen zum Beispiel. Oder Weihnachtskugeln mit eingebauten LED-Lichtern. Menschen sind bereit, für billigsten Fusel ein halbes Vermögen zu zahlen, nur weil er aufgewärmt ist. Sie finden es darüber hinaus witzig, blinkende Nikolausmützen aufzusetzen, nur so zum Spaß. Sie drängeln sich zu Tausenden durch enge Gässchen, die eigentlich große Plätze sind, weil den Rest des Jahres keine Bretterbuden dort stehen, die Tand anbieten. Oder Bratwurst. Oder Zuckerkarte. Warum also tun wir uns das an? Ich mag eigentlich keine Weihnachtsmärkte, aus den genannten Gründen – aber ich gehe trotzdem hin. Vielleicht, weil ich genau das will: mich einmal durch das Chaos treiben lassen, Bratwurst und Kartoffelpuffer und Fischbrötchen essen, schlechten Glühwein trinken, Tand kaufen. Weil das eben nur dort geht.

### Die Redaktion

#### HOMBERG



„Miteinander ist wichtig“

Homberger Ehrenbürgermeister Walter Seitz feiert heute seinen 90. Geburtstag. Er hat die Geschichte der Stadt 36 Jahre lang geprägt.

► Seite 17

#### ROMAN

Den Roman finden Sie auf

► Seite 24

#### SUDOKU



► Seite 18

#### REDAKTION

E-Mail  
redaktion-oz@vrm.de  
sport-oz@vrm.de

#### Telefon

**Lokalredaktion**  
Andreas Ungermann (au) (Leitung) 06631 / 9669-10  
Christian Dickel (cdc) -12  
Christine Heil (ch) -17  
Benjamin Gössel (beg) -18  
Volker Lehr (lh), Lokalsport -15

**Redaktion Sonderthemen**  
Elisabeth Wagner (ewa) 06631 / 9669-71  
Nina Graupner (ng) -78

Zeitung online:  
www.oberhessische-zeitung.de



Die Ausgabestelle der Alsfelder Tafel zieht vom Bücking-Gelände in die Pfarrer-Happel-Straße um.

Foto: Ungermann

## Stadt will Tafel unterstützen

Ausgabestelle zieht von Georg-Bücking-Straße in ehemalige Röder-Präzision-Räume / 4800 Euro aus dem Sozialfonds

Von Andreas Ungermann

**ALSFELD.** Die Alsfelder Tafel zieht in ein neues Zuhause: in das Gebäude der ehemaligen Firma „Röder Präzision“ in der Pfarrer-Happel-Straße. Und sie soll künftig eine finanzielle Zuwendung durch die Stadt Alsfeld erhalten. Während der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) haben CDU und UWA am Dienstagabend einen entsprechenden Antrag zum Haushalt gestellt. „Zur Unterstützung der Alsfelder Tafel wird das Budget des Sozialfonds auf maximal 15000 Euro angehoben, um den finanziellen Eigenanteil der tafelberechtigten Kinder stabil auf dem aktuellen Niveau zu halten. Für diesen Zweck wird aus dem Sozialfonds ein Maximalbetrag von 4800 Euro pro Jahr bereitgestellt. Die Notwendigkeit dieser Unterstützung wird nach drei Jahren überprüft“, lautet der Beschlusstext, den die neun HFA-Mitglieder einstimmig zur Annahme empfehlen.

Konkret bedeutet dies: Für erwachsene Einzelpersonen ändert sich der Preis nicht. Sie zahlen wie bisher 2 Euro pro Abholung. Für jeden weiteren Erwachsenen aus einer Familie werden künftig ebenfalls 2 Euro fällig, sie zahlen nach den Beiträgen, die laut Tafelvorsitzendem Mathias

Köhl seit der Gründung vor 15 Jahren unverändert geblieben waren, bislang nur einen Euro. Bei Kindern müsste aufgrund gestiegener Betriebskosten und der künftig höheren Miete der Betrag von 0,50 Cent auf einen Euro steigen. Hier jedoch greift der CDU/UWA-Antrag. „Die künftige Unterstützung aus dem Sozialfonds der Stadt stellt sicher, dass die derzeit 187 Kinder, die die Tafel pro Woche in Anspruch nehmen, von der Erhöhung des Kostenbeitrags nicht betroffen sein werden“, lautet der Plan.

Mit den an den ALA-Fraktionsvorsitzenden Michael Riese gerichteten Worten „unser Antrag wird Sie vielleicht befähigen“ hatten CDU und UWA ihr Ansinnen bereits bei der Eröffnung angekündigt. Tatsächlich fand dieses auch Rieses Zustimmung, der allerdings zu bedenken gab, die Stadt Alsfeld dürfe nach außen hin nicht das Signal senden, sie gleiche die zu niedrigen Hartz IV-Sätze aus. Der ALA-Fraktionschef hätte das Geld gerne in einer anderen Haushaltsposition gesehen. Ob eine Abrechnung über die Vereinsförderung – wie von ihm angedacht – möglich sei, sei geprüft worden, habe sich aber als nicht realisierbar herausgestellt, räumte Bürgermeister Stephan Paule (CDU) ein. Abgesehen von einer Nachfrage von Carsten

Weitzel (SPD) nach der Anzahl der tafelberechtigten Kinder blieb eine Diskussion zu diesem Thema damit weitgehend aus. 187 Kinder kämen jährlich zu 9350 Abholungen zur Tafel, 540 Kunden seien es pro Woche an drei Abholtagen, rechneten die CDU- und UWA-Fraktionsvorsitzenden Alexander Heinz und Martin Räther vor.

Die aktuelle Ausgabestelle auf dem Bücking-Gelände, sei alles andere als eine Luxusherberge für die Tafel, die zwei weitere wichtige Funktionen neben der Versorgung Bedürftiger erfülle, führte Heinz aus: „Sie sorgt dafür, dass Lebensmittel nicht weggeworfen werden müssen. Und als Verein stärkt sie die Gemeinschaft.“

Der muss nun seinen bisherigen Standort aufgeben. „Die VR-Bank Hessenland als Eigentümerin beabsichtigt die Industriebrache sowie den dazugehörigen Gebäudekomplex in der Georg-Dietrich-Bücking-Straße einem neuen Verwendungszweck zuzuführen und die städtische Infrastruktur auf diesem Weg neu zu beleben. Dieses Vorhaben findet die Unterstützung der Koalition“, stellen CDU und UWA im Antragsschreiben fest. Nachdem die Tafel das Mietverhältnis zum 31. März 2020 gekündigt hat, habe der Vorstand inzwischen eine neue Unterkunft in den Räumen der ehemaligen Firma Röder Präzision in der

Pfarrer-Happel-Straße in Alsfeld gefunden. „Die neuen Räumlichkeiten eröffnen dank eines größeren Raumangebots eine Entzerrung von Essensausgabe, Lagermöglichkeiten und Aufenthalt. Zudem erfahren die sanitären Bedingungen für Helfer die notwendige Verbesserung“, schreibt die CDU/UWA-Koalition in ihrer Antragsbegründung. Allerdings lägen der Mietpreis und die Unterhaltungskosten über denen der alten Betriebsstätte, sodass der Vorstand der Tafel den Kostenbeitrag für die Tafelbesucher neu kalkulieren und anheben werde. Darüber sei die Koalition in einem gemeinsamen Gespräch informiert worden.

Der neue Standort, für den zunächst noch die Nutzungsänderung genehmigt werden muss, sei sicherlich „mehr als eine Option“, sagt Mathias Köhl. Er verspricht sich für seine Mitarbeiter verbesserte Arbeitsabläufe und -bedingungen. „Und auch den Tafelkunden wird die Veränderung zugutekommen“, ist Köhl überzeugt, der als Magistratsmitglied den Saal während der Abstimmung verließ. Laut seiner Auskunft wird die Tafel in den einstufigen Büroräumen von Röder Präzision mit rund 375 Quadratmetern eine um rund zwei Drittel größere Fläche zur Verfügung haben als auf dem Bücking-Gelände.

## Debatte um Entlastung bei Kita-Beiträgen

SPD will Eltern mit Kindern in der U3-Betreuung entlasten / Koalition spricht sich gegen Mehrausgaben in Höhe von 128000 Euro aus

**ALSFELD (au).** Zum zweiten Mal in Folge hat die SPD nun einen Antrag gestellt, um Familien mit Kindern in der U3-Betreuung zu entlasten. Zum zweiten Mal – nach der Debatte um den Haushalt der Stadt Alsfeld für das laufende Jahr – müssen sich die Sozialdemokraten anheuern, dass ein sechsstelliger Betrag nicht einfach in den Etat einzufügen sei. Ausgangspunkt für die Debatte während der zweiten Lesung zu dem Zahlenwerk im Haupt- und Finanzausschuss war ein Antrag zum Haushaltsplan, mit dem die SPD die Kostenbeitragsatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen ändern wollte. So sollten die U3-Kostenbeiträge an die Bedingungen der U3-Kostenbeiträge angepasst werden. Zu diesem Zweck sollen Haushaltsmittel in Höhe von 128000 Euro eingestellt werden. Bei vier Ja-Stimmen von SPD und ALA gegenüber fünf Nein-Stimmen von CDU und UWA sprach der Ausschuss keine Empfehlung für dieses Vorhaben aus.

„Eine finanzielle Gleichstellung aller Altersgruppen in den Kindergärten sollte im Sinne eines familienfreundlichen Alsfelds das Ziel unseres Antrages und dem Wunsch aller jungen Eltern entsprechen.



Das Thema Kindergarten beschäftigt die Stadtverordneten einmal mehr. Symbolfoto: dpa

Sie sind auf unsere Einrichtungen angewiesen. Finanziell werden sie aber leider den U3-Kindereltern nicht gleichgestellt“, heißt es in der Begründung der Sozialdemokraten, die Beiträge in Höhe von 160 bis 240 Euro für die U3-Betreuung ausmachen. Im Vergleich zu U3-Kosten sei dies eine Mehrbelastung von 160 Euro in allen Betreuungsmodulen. Deshalb strebt die SPD eine Entlastung der Eltern um die Hälfte der Beiträge an. Finanzieren wollen die Genossen das Geld durch Förder-

mittel aus dem Programm „Starke Hei-mat“, aus dem die Stadt Alsfeld 256000 Euro zweckgebunden für die Kinderbetreuung erhält.

Bürgermeister Stephan Paule (CDU) lenkte in der Debatte den Blick auf den Investitionsstau in den Kindertagesstätten. Schon allein deshalb sei eine Entlastung durch die Gelder aus der „Starken Heimat“ dringend notwendig. Die von der SPD eingeforderten 128000 Euro jährlich stellte Paule den Kosten für die geplante

Kita in der Feldstraße gegenüber. Veranschlagt man diese auf fünf Millionen Euro, so käme die von den Sozialdemokraten geforderte Summe den Abschreibungen über 40 Jahre gleich.

Es war eine Rechnung, die Frank Schmidt (SPD) so nicht stehen lassen wollte. „Das eine Thema hat mit dem anderen nichts zu tun. Sie machen den Fehler, dass sie jetzt von Investitionen reden. Da haben wir gewusst, was auf uns zukommt. Uns geht es um die Betreuung und um die Rückerstattungen des Landes Hessen“, kritisierte Schmidt und stellte die Frage nach dem „Entgegenkommen in Richtung sozialer Gerechtigkeit“ für die Familien mit Kindern in der U3-Betreuung. Zuvor hatte Alexander Heinz bereits davor gewarnt, die U3-gegen die U3-Betreuung auszuspielen. Es sei durchaus gerecht, dass für die jüngere Altersgruppe ein höherer Beitrag erhoben werde. Bei allen Differenzen zwischen CDU und UWA auf der einen und SPD sowie ALA auf der anderen Seite herrsche in einem Punkt Einigkeit: Das Problem der Finanzierung der Kinderbetreuung werde über die politischen Ebenen von oben nach unten durchgereicht.